

Haushaltsmisere

Wirtschaftsexperten warnen vor Euro-Absturz

Europa versinkt in der Schuldenkrise - mit möglicherweise dramatischen Folgen für den Euro. Manager und Ökonomen fürchten einen rapiden Wertverlust der Gemeinschaftswährung. In Deutschland steigt bereits die Angst vor einer Inflation.

Berlin/Hamburg - Unmittelbar vor dem Sondergipfel der EU-Finanzminister zur Stabilisierung des Euros an diesem Sonntag haben führende Wirtschaftsexperten vor einem weiteren [Verfall des Euro](#) gewarnt. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, sagte der Zeitung "Bild am Sonntag": "Solange die Unsicherheit über Griechenland und andere Länder am Rand der Währungsunion andauert, bleibt der Euro unter Druck." Mayer sagte weiter: "Ich denke, wir werden bald 1,20 gegenüber dem Dollar sehen und ein weiterer Rückgang in Richtung Parität zum Dollar ist durchaus möglich."

Eckhard Cordes, Vorstandsvorsitzender des Einzelhandelskonzerns Metro, warnte vor negativen Folgen für den Arbeitsmarkt: "Ein langfristig schwacher Euro kann den wirtschaftlichen Zusammenhalt Europas und damit die begonnene Erholung der deutschen Wirtschaft aufs Spiel setzen. Das kann sich letztlich negativ auf den Arbeitsmarkt auswirken und Arbeitsplätze gefährden."

Eine Meinung, die allerdings nicht von allen geteilt wird. So erwartet Michael Hüther, Leiter des arbeitgebernahen Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft, eher positive Impulse: "Der deutsche Arbeitsmarkt entwickelt sich ungetrübt von der Situation in Griechenland. Als indirekte Folge der Abwertung der Staatsanleihen gewinnen Unternehmensanleihen an Attraktivität, was sich positiv auf die Unternehmen und im besten Fall auch auf den Arbeitsmarkt auswirken könnte."

Schuldenbremse gegen künftige Krisen

Gleichwohl bleibt es die vornehmste Aufgabe, die überbordende Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen. Nach SPIEGEL-Informationen sollen Spanien und Portugal nach dem Willen von EU-Kommission und Europäischer Zentralbank (EZB) jetzt zusätzliche Sparmaßnahmen ergreifen, um die Finanzmärkte von weiteren Spekulationen gegen beide Länder abzuhalten. "Es ist klar, dass diese Länder Zusätzliches leisten müssen, um die Unsicherheit und das Misstrauen der Märkte zu beseitigen", sagt EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark.

Doch für Deutschland gilt das Spardiktat im Prinzip genauso, wie für die übrigen Euro-Staaten. Als denkbare Blaupause sieht Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) dabei die deutsche Schuldenbremse. "Wirksame nationale Vorgaben, wie wir sie zum Beispiel mit der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse in Deutschland eingeführt haben, sind eine

wichtige und sinnvolle Ergänzung und stärken das Vertrauen in die Stabilität der Eurozone", sagte Schäuble dem "Hamburger Abendblatt". Allerdings geht er dabei nur am Rande auf das Problem ein, wie die bestehenden Schulden möglichst schnell abgebaut werden könnten.

Trotzdem macht eine gesetzliche Schuldenbremse Sinn: Denn wenn erst einmal ein Grenzwert bei der Verschuldung erreicht ist, kennen die Finanzmärkte, die die Kredite bereitstellen, keine Gnade mehr. Dieser Punkt ist in vielen europäischen Staaten erreicht.

Der Ausweg ist nahezu zwangsläufig, und zeichnet sich auch in der Euro-Krise bereits ab. Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy setzte beim nächtlichen Gipfel von Freitag auf Samstag eine spürbare Einschränkung der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank durch. Wenn es nach Sarkozy geht, soll die EZB massenweise Staatsanleihen kaufen - was am Ende nichts anderes bedeutet, als neues Geld in den Kreislauf zu pumpen.

Mehrheit sorgt sich um Geldentwertung

Die Folgen sind nahezu zwangsläufig: [Inflation](#). Laut einer repräsentativen Emnid-Umfrage im Auftrag der Zeitung "Bild am Sonntag" haben bereits 52 Prozent der Bundesbürger Angst davor, dass es zu einer Geldentwertung kommt. 45 Prozent befürchten das nicht. Besonders groß ist die Sorge bei den Rentnern: 63 Prozent der Über-65-jährigen erwarten einen Anstieg der Preise.

Auch Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle teilt die Sorgen der Mehrheit: "Inflation ist die größte soziale Ungerechtigkeit, denn unter ihr leiden Rentner und die Menschen, die wenig verdienen, am meisten", sagte der FDP-Politiker der "Bild am Sonntag". Aus dem Grund müsse dies unbedingt verhindert werden. Der Präsident des bayerischen Finanzzentrums, Wolfgang Gerke, sagte der Zeitung, er rechne wegen der hohen Etatdefizite der Euro-Länder mit einer Inflation von drei bis vier Prozent.

Der Preisaufrtrieb in Deutschland hatte sich im April leicht abgeschwächt. Die Lebenshaltungskosten zogen binnen Jahresfrist um durchschnittlich 1,0 Prozent an. Im März waren die Verbraucherpreise noch um 1,1 Prozent gestiegen und damit so stark wie seit über einem Jahr nicht mehr.